

Bundestagswahl 2009

Johanna Voß Direktkandidatin der Partei **DIE LINKE**.

Am Montag, den 27.10.2008 hat die Kreiswahlversammlung Johanna Voß mit 88% der Mitgliederstimmen zur Direktkandidatin der Linken für den Wahlkreis Lüneburg/Lüchow-Dannenberg gewählt.



Die 51 jährige Johanna Voß wurde im Osnabrücker Land geboren, hat 2 Kinder und ist jetzt im Wendlanddorf Simander zu Hause. Nach dem Abitur hat sie Sozialwissenschaften studiert. Sie wurde Diplom Sozialarbeiterin mit Schwerpunkt Gemeinwesenarbeit.

Entsprechend ihrer Ausbildung hat sie berufliche Erfahrungen im sozialen Bereich, u.a. als Geschäftsführerin und als pädagogische Leiterin einer Familienberatungsstätte.

Als Mitglied der Bürgerinitiative Lüchow-Dannenberg kämpft sie aktiv gegen den Weiterbetrieb von Atomkraftwerken und für den schnellstmöglichen Atomausstieg.

Erst seit 1,5 Jahren ist sie politisch aktiv und hat in der linken Partei einen Senkrechthart hingelegt. Sie wurde schnell in den Kreisvorstand und in den Landesvorstand gewählt.

„Ich möchte den Agenda 2010 Parteien im Bundestag zeigen, dass eine soziale

Politik möglich ist, die Respekt vor der Würde des Menschen hat.“

Die neoliberale Politik der Bundesregierung bewirkt eine permanente Umverteilung von unten nach oben.

Die Senkung der Steuern für Unternehmen und Vermögende bedeutet Jahr für Jahr weniger für Familien, Kindergärten, Schulen, Krankenhäuser, sowie Renten und hat zu amerikanischen Verhältnissen geführt.

„Ich werde mich für ein gerechtes Bildungssystem, den Erhalt der öffentlichen Daseinsvorsorge und für soziale Gerechtigkeit einsetzen“, so Johanna Voß.

Sozialer Wohnungsbau kein Thema für die Stadt

Es sind nicht nur Hartz-IV-Empfänger, denen es immer schwerer fällt, Ihre Miete aufzubringen. So stiegen in Lüneburg seit 2004 die Durchschnittsmieten um ca. 14 Prozent.

Die SPD/CDU-Koalition im Lüneburger Stadtrat unternimmt keine wirksamen Schritte, um eine Wohnraumversorgung zu angemessenen Bedingungen besonders für Familien mit geringen und mittleren Einkommen zu gewährleisten. Stattdessen fördern SPD/CDU die Lückenbebauung in der Stadt mit Luxuswohnraum, wobei denkmalpflegerische Aspekte gerne auch mal weniger Beachtung finden. Bestes Beispiel hierfür ist die von der Stadt protegierte Luxuswohnanlage an der Frommestr. Auffällig bei dem Thema **Städtische Wohnungsbaupolitik** ist auch das sehr enge Zusammenspiel zwischen OB Mädege und einigen wenigen Investoren, die den Lüneburger Bürgern hinlänglich bekannt sind. Ein Schelm, wer Böses dabei denkt.

Das die städtische Lüneburger Wohnungsbaugesellschaft Ihren eigentlichen Unternehmenszweck, die Versorgung der Lüneburger Bevölkerung mit günstigem Wohnraum, immer mehr aus dem Auge verliert, zeigen ihre letzten großen Investitionsvorhaben, das Krankenhausparkhaus und die Feuerwache.

Auch dass die Stadt Lüneburg immer noch keinen Mietspiegel besitzt, ist ein sozialpolitischer Skandal. Mietspiegel sind als zuverlässige Informationsquelle geeignet, Mietpreiserhöhungen, vorzubeugen.

Viele Bürger haben den Eindruck, dass die Raumordnungs- und Wohnungspolitik in Lüneburg nicht in demokratisch legitimierten Gremien, sondern von wenigen, interessengesteuerten Investoren im Zusammenspiel mit der städtischen Führungsspitze, entschieden wird.

Das die Interessen der Bürger mit geringem Einkommen keine Berücksichtigung finden, ist bei Quadratmeterpreisen für Neubau-Eigentumswohnungen von 2.500 Euro und mehr klar erkennbar.

Nur eine starke LINKE im Lüneburger Stadtrat kann diesem Kartell aus Politik und Bauwirtschaft wirksam entgegenreten.



Ausgabe 3 / November 2008
www.dielinke-lueneburg.de

Kommunalisierung von Strom und Gas

Der Konzessionsvertrag für Strom und Gas zwischen der Stadt Lünburg und E.On Avacon läuft Ende des Jahres aus. Die Stadt kann die Netze kaufen, damit die Energiepreise beeinflussen. Andere Städte haben bereits gekauft. Wie stehen die Chancen in Lüneburg? **Mehr auf Seite 3**

Direktkandidatin stellt sich vor:



Johanna Voß wurde zur Direktkandidatin der Partei **DIE LINKE** gewählt und stellt sich vor. **Mehr auf Seite 4**



Der Finanzcrash trifft uns alle

CDU/CSU, SPD, FDP und Grüne tragen eine Mitverantwortung

Die Menschen können sich immer weniger auf den Schutz des Staates verlassen. Selbst Monate nach der beginnenden globalen Finanzkrise sind die Menschen immer noch den Finanzjongleuren der Banken ausgesetzt, ohne dass die Große Koalition die verantwortlich handelnden Bankvorstände rechtlich belangt.

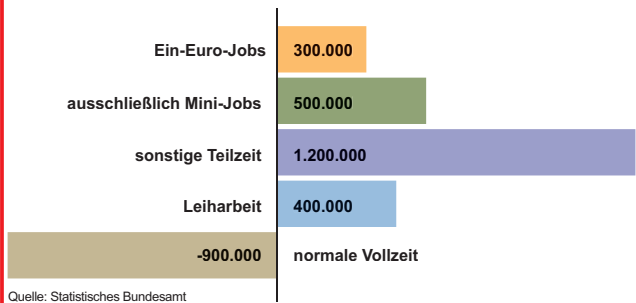
Diese bisher in der Geschichte größte Finanzkrise wurde auch in Deutschland erst möglich gemacht von willfährigen Politikern, die sich der Finanzlobby andienten und Schritt für Schritt gesetzliche Beschränkungen aushebelten. Selbst Monate nach der globalen Finanzkrise bestimmt die Jagd nach zweistelligen Renditen, in Verbindung mit skrupellosen Spekulationen auf Wechselkurse, Rohstoffe und Nahrungsmittel, die Finanzwirtschaft. Wirtschaftlich gesunde Unternehmen werden aufgekauft, ausgeschlachtet und nach kurzer Zeit wieder verkauft oder in die Insolvenz getrieben. Die wirtschaftlichen Folgen dieser neoliberalen Politik, Steuererhöhungen, Lohndumping, prekäre Arbeitsverhältnisse oder gar Arbeitslosigkeit, tragen die Arbeitnehmer. **Mehr auf Seite 2**



5 Jahre Arbeitsmarktpolitik von CDU/CSU, SPD, FDP und Grünen

Schlechte Arbeit auf dem Vormarsch: Veränderung der Erwerbstätigkeitszahlen 2003 bis 2008

Immer mehr Menschen können von ihrer Arbeit nicht leben. Immer mehr haben unsichere Zukunftsperspektiven. Fast eine Million Vollzeitjobs sind seit der Agenda 2010 vernichtet worden.



Die Rente: schrumpft schrumpft schrumpft schrumpft schrumpft schrumpft schrumpft schrumpft

„Mit 66 Jahren, da fängt das Leben an“ trällerte Udo Jürgens in den siebziger Jahren. Damals konnten sich die Rentner nach einem arbeitsreichen Leben noch auf den Ruhestand freuen. Damals war es noch selbstverständlich, dass es gute Renten gab, die auch im Alter einen angemessenen Lebensstandard ermöglichen. Heute sieht das alles ganz anders aus. Im reichsten Land der Erde sind immer mehr Rentner arm, können sich kaum die notwendigsten Dinge zum Le-

ben leisten. 651.000 Menschen mussten 2006 mit der kümmerlichen „Grundsicherung im Alter“ auskommen. Diese beträgt derzeit 351 Euro monatlich plus Warmmiete.

Noch schlimmer: Viele, die eine „Riester-Rente“ abgeschlossen haben, um sich materiell für das Alter abzusichern, wird die Zusatzrente nun auf die karge „Grundsicherung“ angerechnet. Sie erhalten keinen einzigen Cent mehr als ohne Riester Rente!



Foto: aboutpixel.de / Finanzcheck © Kellermeister

Große Koalition als willfähriger Büttel des Großkapitals:

Finanzcrash trifft uns alle!

Dabei war der Finanzcrash vorprogrammiert. Denn jahrzehntelang mussten die hohen internationalen Staatsdefizite und Kriege finanziert werden. So stieg seit den 80er Jahren das Finanzvermögen, das rund um den Globus vagabundiert und nach zweistelliger Rendite giert, von gerade mal 4 Billionen US-Dollar auf nunmehr rund 106 Billionen US-Dollar an. Dabei steigt das Geldvermögen

ist die Versorgung der Märkte mit ausreichendem Kapital.

Geld ist das Schmiermittel für Wirtschaftswachstum und Beschäftigung. Heute fehlt dieses Schmiermittel im internationalen Finanzsystem, da durch unvorstellbares Zockertum in den Banken-Chefetagen hunderte Milliarden Euro verbrannt wurden. Nicht hinzunehmen ist die Tatsache, dass die verantwortlichen Bankmanager, von den etablierten Parteien politisch gedeckt, trotz der Veruntreuung von Milliarden Euro nicht strafrechtlich zur Verantwortung gezogen werden. Hieran erkennen wir die enge Kumpanei

zwischen Finanzwirtschaft und Politik. Nun schlägt diese Finanzkrise voll auf die Realwirtschaft durch. Betroffen sind wieder einmal diejenigen, die durch ihrer Hände Arbeit ihren Lebensunterhalt bestreiten müssen.

Von CDU/CSU, FDP, Grünen und SPD



Wussten Sie schon, dass...

- auf der „Trauminsel“ Haiti viele Menschen sich von sogen. Schlammkeksen – hergestellt aus Matsch und Kräutern – ernähren müssen, weil Brot zu teuer geworden ist?
- SPD-Senator Sarrazin (Berlin) gegen unbezahlbare Heizkosten das Tragen von Pullovern vorgeschlagen hat und Kindern von Hartz-IV-Empfängern kleine Geldgeschenke von Verwandten oder Freunden vom ALG-II abgezogen werden?
- 1-Euro-Jobber, 400-Euro-Arbeitnehmer und Kurzzeitbeschäftigte in der Arbeitslosenstatistik nicht mitgezählt werden?
- die niedersächsische CDU und FDP unser Bundesland zum atomaren Entsorgungsgebiet erklärt und die Transportsicherungskosten für die Castorbehälter auch noch übernimmt?
- die niedersächsische CDU und FDP Schüler, die für eine bessere schulische Versorgung demonstrieren, von der Polizei festnehmen lässt?
- zwei Chemnitzer Wirtschaftswissenschaftler einen monatlichen Hartz-IV-Regelsatz von 132 Euro für ausreichend halten und der CDU-Finanzexperte Friedrich Merz diese „Studie“ lobte? Mehr als 68 Euro im Monat für Nahrungsmittel auszugeben ist aus Sicht der Wirtschaftswissenschaftler eher unvernünftig.
- der Hamburger Verfassungsschutz jeden, der einen Infotisch anmeldet, überprüfen lässt? Das teilte der schwarz-grüne Senat auf Anfrage der Linkspartei mit.
- jede zweite Neueinstellung in Deutschland 2007 nur befristet war? Im öffentlichen Dienst waren 2006 ca. 67 % der Neuverträge befristet.
- unser kapitalistisches Wirtschaftssystem es billigend in Kauf nimmt, dass jede Minute weltweit 11 Kinder, d. h. jeden Tag 15840 Kinder an Hunger sterben. (lt. UN.Welt-Hungerbericht)

geduldet, vernichten skrupellose Finanzjongleure hunderttausende Existenzen. Es wird Zeit für eine verantwortliche, soziale und gerechte Finanz- und Wirtschaftspolitik in Deutschland. Die Linke ist die einzige politische Kraft, die eine Auseinandersetzung mit dem Finanzkapital einzugehen bereit ist und für eine konsequente Regulierung der Finanzmärkte eintritt.

Die Linke fordert:

- Einführung einer Finanztransaktionssteuer
- Verbot von außerbörslichen Spekulationen
- Einführung eines Finanz-TÜVs für Anlageformen
- Abschöpfung und Umverteilung hoher Vermögenswerte durch höhere Löhne u. höhere Steuern auf Gewinne
- Wiedereinführung der Vermögensteuer
- Anhebung der Erbschaftsteuer auf hohe Vermögen

Widerstand gegen Energiepreiserhöhungen

Für viele Haushalte ist die Heizung nicht mehr bezahlbar

Für die gutverdienenden Menschen unter uns sind die steigenden Energiepreise nur ärgerlich. Für Geringverdiener oder Hartz IV-Empfänger können sie zum ernsthaften Problem führen.

So schätzt der Bund der Energieverbraucher, dass ca. 2 Mio. Kunden jährlich von der Strom- und Gasversorgung abgeklemmt werden, da sie die hohen Energiekosten nicht mehr bezahlen können.

Erst im Aug. 08 erhöhte die E.On/Avacon die Gaspreise um ca. 15 %. Und schon wieder läutet E.On/Avacon die nächste Preissteigerungsrunde ein und erhöht die Gaspreise ab dem 1. Dezember 2008 erneut, obwohl in den letzten Monaten der Ölpreis drastisch gefallen ist.

Dabei lehnt E.On/Avacon bis heute den geforderten Nachweis der Billigkeit/Angemessenheit ihrer Gas- und Strompreise ab. Damit setzt sich E.On/Avacon als Monopolist dem Verdacht der Willkür aus. Dass Energieversorger erst vor Gericht dazu gezwungen werden müssen, zu tun, was eigentlich für sie selbstverständlich zu sein hätte, ist ein Armutszeugnis für das Unternehmen aber auch für die politisch Verantwortlichen von CDU und SPD.

Viele Verbraucher bundesweit – auch in Lüneburg- haben sich bereits gegen unangemessene Energiepreiserhöhungen gewehrt und entsprechend dem Rat der Verbraucherzentrale Niedersachsen Widerspruch eingeleitet.

Wir möchten unsere Leser auf die Interessengemeinschaft Energiepreise Lüneburg – kurz IGEL- aufmerksam machen, die den Widerstand gegen überhöhte Energiepreise organisiert. (www.igel-lueneburg.de) Hier erhalten sie kompetente Hilfestellung zum Widerspruchsverfahren.

Die Linke Lüneburg betrachtet den Widerstand gegen die unverschämte erscheinende Preispolitik von Eon/Avacon als einen Akt bürgerlicher Notwehr und unterstützt die Verbraucher im Kampf für eine transparente Preispolitik.

Die LINKE fordert Kommunalisierung von Strom- und Gasversorgung



In Deutschland besteht eine Monopolstruktur in der Energiewirtschaft. Die 4 größten Konzerne RWE, E.On, Vattenfall und EnBW verfügen über 80% der Kraftwerke und 95% des Stromnetzes. Die Marktmacht dieser Energiekonzerne führt zu überhöhten Netzentgelten für Strom und Gas. Die Energiepreise sind enorm gestiegen. Gleichzeitig explodieren die Konzerngewinne.

Satte 33,8% Gewinnwachstum meldete der E.On Konzern 2007. Der bedrohliche Klimawandel, die knappen fossilen Energieträger und die gefährliche Atomenergie machen einen Umbau der Netzstruktur erforderlich. Dezentralisierung z.B. durch den Bau von vielen kleinen Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen, sowie Ausbau der erneuerbaren Energien müssen Vorrang haben.

Die 4 großen Konzerne haben kein Interesse an Dezentralisierung in kommunaler Hand. Ihre Marktmacht ist abhängig von Weiterbetrieb und Neubau großer Kraftwerke. Deshalb kämpfen sie mit Hilfe von Lobbyisten in CDU, SPD und FDP gegen die Abschaltung der Atomkraftwerke.

Preisvergleiche zwischen den 4 großen Versorgern und kommunalen Stadtwerken zeigen, dass Stadtwerke überwiegend günstigere Preise haben. Konzerne sind nur ihren Aktionären mit dem Ziel der Gewinnmaximierung verpflichtet, kommunale Stadtwerke sind dagegen verpflichtet dem Allgemeinwohl entsprechend, alle Bürger mit kostengünstiger Energie zu versorgen.

Zwischen der Stadt Lüneburg und dem Konzern E.On Avacon besteht ein Konzessionsvertrag für Strom und Gas, der Ende des Jahres ausläuft. Die Stadt ist berechtigt, die Anlage zum Zeitwert zu kaufen, um so Einfluss auf die Energiepreise zu bekommen. Diverse Beispiele zeigen, dass Städte erfolgreich zurückgekauft haben. In Niedersachsen hat u.a. Hannover-Laatzten 2006 das Stromnetz von E.On gekauft. In Sprieda hat der Stadtrat im Juli beschlossen, das Strom- und Gasnetz von E.On zu kaufen.

Unser Oberbürgermeister Mäde sitzt im Aufsichtsrat von E.On/Avacon. Mäde ist ein begeisterter Privatisierungsakteur, wie das Beispiel Verpachtung der Straßenbeleuchtung in Lüneburg zeigt. Somit ist in Lüneburg vom OB einschließlich der großen SPD/CDU Koalition Widerstand gegen den Kauf der Netze zu erwarten.

Die Partei DIE LINKE ist für eine dezentrale Energieversorgung, mehr Kraft-Wärme-Kopplung, mehr erneuerbare Energien aus Wind, Wasser, Sonne, Biomasse und Erdwärme.

Im Interesse der Bürger wird sich die linke Fraktion im Lüneburger Stadtrat für den Kauf der Strom- und Gasnetze und kommunale Lüneburger Stadtwerke einsetzen.

Antrag der LINKEN zur Ratssitzung am 04.12.2008:

Die Fraktion DIE LINKE beantragt, der Stadtrat möge folgenden Antrag beschließen:

- 1) Die Stadt Lüneburg trifft alle Vorbereitungen, um nach Auslaufen des Konzessionsvertrages für Strom und Gas mit der Firma E.On/ Avacon schnellstmöglich die Anlage zurückzukaufen.
- 2) Die Stadt Lüneburg schreibt das für den Rückkauf erforderliche Gutachten zur Ermittlung des Sachzeitwertes beschränkt aus und erteilt dem preisgünstigsten und wirtschaftlichsten Bieter den Auftrag.